

# Asyl für Verfolgte, die keine sein durften

Die letzte DDR-Regierung hat Juden aus der Sowjetunion die Tür nach Deutschland geöffnet – trotz der Kritik Israels

Ausgerechnet Deutschland! Diesen vorwurfsvollen Ausruf hat manch ein Jude zu hören bekommen, der nach dem Zusammenbruch des Kommunismus aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland ausgewandert ist. „Ausgerechnet Deutschland“ hat denn auch das Jüdische Museum seine Ausstellung über die jüdisch-russische Einwanderung in die Bundesrepublik genannt. „Ausgerechnet DDR“ hat sich wohl mancher Zuhörer gedacht, der dem letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière und seiner damaligen Staatssekretärin Almuth Berger bei einer Diskussionsveranstaltung über „Zwanzig Jahre jüdisch-russische Einwanderung“ im Film-saal des Jüdischen Museums zugehört hat.

Dabei sind es de Maizière und die Minister der ersten und letzten demokratischen DDR-Regierung gewesen, die für die Juden der damals noch existierenden Sowjetunion die Tür nach Deutschland geöffnet haben. Die am 18. März 1990 neu gewählte Volkskammer wollte Schluss machen mit der Geschichtsklitterung der kommunistischen Vorgänger, die ihren Staat von jeder Schuld am Holocaust freigesprochen hatten. Die Neuen waren, wie de Maizière bei der von Wilhelm von Sternburg geleiteten Diskussion sagte, von dem Bedürfnis erfüllt, sich im Namen ihres Volkes endlich zur ganzen deutschen Geschichte zu bekennen. Also zur – so die Formulierung in der ersten Volkskammersitzung – „Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder“.

Damals hatten sich schon die ersten Juden aus der Sowjetunion in die DDR

durchgeschlagen – und blieben einfach. Almuth Berger wurde von de Maizière beauftragt, eine gesetzliche Regelung auszuarbeiten. Das Problem war, dass es offiziell keine Judenverfolgung in der Sowjetunion gab oder zumindest nicht geben durfte, denn die UdSSR war ja noch Bündnispartner der DDR. Außerdem verlangte der israelische Generalkonsul von der neuen DDR-Regierung, keine Juden aufzunehmen. Denn in den Augen Israels gab es keine jüdischen Flüchtlinge, schließlich besaßen nach Jerusalemer Meinung alle Juden in Israel ein Heimatland. Auch auf den Zentralrat der Juden in Westdeutschland versuchte Israel damals mit derselben Stoßrichtung Einfluss zu nehmen, wie Salomon Korn, der Vizepräsident des Zentralrats, jetzt im Museum verriet.

Staatssekretärin Berger hat eine geschickte Formulierung gefunden, um den Problemen mit der UdSSR und Israel aus dem Weg zu gehen. Man nehme Juden aus humanitären Gründen auf, denen Verfolgung und Diskriminierung drohten, hieß es in ihrem Textentwurf. Die anstößigen Worte „UdSSR“ und „Flüchtlinge“ wurden in dem am 11. Juli 1990 vom Ministerrat verabschiedeten Beschluss vermieden. Mehr als 2000 jüdische Menschen kamen in den folgenden knapp drei Monaten in die DDR, ein Land, in dem zuvor gerade einmal noch 400 in Gemeinden organisierte Juden gelebt hatten. Almuth Berger sprach bei der Diskussion im Museum von „Flüchtlingen, die keine Flüchtlinge waren“.

Viele erlebten die neue Heimat als bittere Enttäuschung: Es gab keine Jobs, die



Sieger: Ausgewanderte russische Juden vor der Neuen Wache in Berlin Foto Jüdisches Museum

Wohnverhältnisse waren beengt, die beruflichen Abschlüsse wurden oft nicht anerkannt. Alle hätten sich nach Kräften bemüht, die Einwanderer gut aufzunehmen, sagt de Maizière: „Aber unsere Möglichkeiten waren begrenzt.“ Schließlich habe in der damaligen DDR zum Beispiel immer noch Wohnungsmangel geherrscht.

Der Beschluss, sowjetische Juden ohne Wenn und Aber aufzunehmen, war ein Verwaltungsakt der DDR. Darauf hat de Maizière im Jüdischen Museum noch einmal ausdrücklich hingewiesen. Aus dem DDR-Beschluss ist gesamtdeutsches Handeln geworden – auf Drängen von Leuten wie de Maizière, die das Thema in die

deutsch-deutschen Verhandlungen einbrachten. Im Juni 1991 akzeptierte die Innenminister-Konferenz des nun vereinigten Deutschlands die eingewanderten Juden als sogenannte Kontingentflüchtlinge, also Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Nach diesem Modell nahm Deutschland, das sich mit diesem Trick weiterhin streng als Nicht-Einwanderungsland definieren konnte, in den folgenden Jahren bis 2005 weitere Juden auf. Mehr als 200 000 insgesamt.

Warum? Aus schlechtem historischem Gewissen, glaubt Korn. Und weil manche gedacht haben, Deutschland könne an die alten Zeiten der deutsch-jüdischen Symbiose anknüpfen und das Judentum revitalisieren. Aufeinandergetroffen sind aber zwei gegensätzliche Arten von Judentum: religiöses und ethnisch definiertes. Religion gegen Kultur, wie Korn sagte: „eine charmante Mischung“.

Freilich keine unproblematische. Die Zuwanderer haben zwar das deutsche Judentum, das 1989 knapp 30 000 Gemeindeglieder zählte, vor dem Verschwinden gerettet, doch die meisten Gemeinden wurden – mit Frankfurt als Ausnahme – von den Neuankömmlingen regelrecht überrollt. Die damit verbundenen Schwierigkeiten sind noch längst nicht gelöst. Wie das neue deutsche Judentum aussehen wird, weiß niemand genau. Der Zuzug aus den ehemaligen Staaten der UdSSR ist allerdings abgeschlossen. Die nach 2005 geltenden Einreiseregulungen sind so strikt, dass kaum ein Jude aus der Ukraine oder Russland die Hürden überwinden kann.

HANS RIEBSAMEN